

Niederschrift Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Donnerstag, 29.11.2007
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:48 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Mecklenburg, Rico

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Jahnke, Horst
Meinen, Regina für Heidrun Burfeind
Schulze, Kai-Uwe
Swieter, Benjamin
Wessels, Johann

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut bis 17:46 Uhr
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Ammersken, Heino
Eilers, Hillgriet bis 17:46 Uhr

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE.

Koziolak, Stephan-Gerhard ab 17:05 Uhr

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Denkman, Dieter
Mansholt, Dieter
Ammermann, Uwe
Baumann, Albert
Fekken, Okka
Grabowski, Dietmar
Janssen, Hans-Jürgen
Kruse, Johann
Mannott, Hilko
Stomberg, Beate
Ubben, Wolfgang
Wolff, Reno
Wübbena, Hans-Richard

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Protokollführung

Rauch, Agnes

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Mecklenburg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Eilers bittet darum, den Tagesordnungspunkt 12 vorzuziehen, da sie um 18:00 Uhr zu einer Aufsichtsratssitzung müsse.

Herr Lutz gibt zu bedenken, dass auch andere Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation an dieser Aufsichtsratssitzung teilnehmen möchten.

Herr Renken erklärt, er ziehe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich des Kommunalen Energiemanagements vom 05.09.07 zurück, da seine Fraktion noch einigen Überarbeitungsbedarf hätte. Er werde dann zur nächsten Sitzung einen neuen Antrag stellen.

Herr Mecklenburg stellt fest, somit werde der TOP 11 von der Tagesordnung genommen und der TOP 12 vor dem TOP 4 behandelt. Weiter weist er darauf hin, dass es bei sich bei TOP 3 um die Niederschrift Nr. 7 und nicht um Nr. 8 handele.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 06.11.2007

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 06.11.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 15/0482

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 werden zusammen beraten.

Herr Mecklenburg führt aus, zwar würden alle hier Anwesenden Auskunft geben können, doch werde noch intensiv in den Fraktionen über den Haushalt beraten.

Herr Lutz erklärt, die Verwaltung würde es begrüßen, wenn im Februar der Haushalt verabschiedet werden könnte. Im Kalender habe man dafür bereits einen Termin für den 05.02.08 reserviert. Doch von zwei Fraktionen sei bereits angeregt worden, ob dieser Termin nicht um 14 Tage verschoben werden könnte. Er bittet die Fraktionen, ihm den Termin zu nennen.

Herr Bongartz bemerkt, seine Fraktion könne sehr gut damit leben, wenn der Haushalt aufgrund des Landtagswahlkampfes 14 Tage später verabschiedet werde.

Auch **Herr Jahnke** stimmt dem zu. Weiter fragt er an, wie sich die Mehreinnahmen beim Finanzausgleich für die Stadt Emden gestalten würden.

Herr Lutz entgegnet, die Stadt Emden habe etwa 1 Mio. € mehr bekommen. Der § 7 FAG sei um den Abs. 3 erweitert worden, sodass neben einer Verteilung auf Kommunen, die durch den demografischen Wandel Einwohner verlieren würden, dagegen finanziell gestärkt werden sollten. So sei auch noch ein Flächenfaktor eingebaut worden. Da der Landkreis Aurich diesen Flächenanteil habe, wirke sich diese Änderung im FAG hier besonders stark aus.

Er erklärt weiter, die kreisfreien Städte hätten zwar in der Summe mehr bekommen als im Jahre 2006. Aber ohne diese Änderung im FAG hätten sie noch deutlich mehr bekommen. Die Berechnungen im Hause würden sich auf ungefähr 1,1 Mio. € belaufen, die die Stadt Emden ohne die Änderung mehr bekommen hätte.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage T 15/0482 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe
836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011
Vorlage: 15/0484

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des im Budgetbuch 2008 enthaltenen Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 7 5. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Emden
Vorlage: 15/0519

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Lutz trägt vor, in den Jahren 2005 und 2006 sei die Einführung des „papierlosen Rates“ als einen Teil der Haushaltskonsolidierung beschlossen. Jedoch trete der Einsparungseffekt nur dann ein, wenn alle Ratsmitglieder an diesem Verfahren teilnehmen würden. Ansonsten seien auch die Anregungen der eingesetzten Arbeitsgruppe mit aufgenommen worden.

Weiter bemerkt er, es liege der Verwaltung dazu auch noch eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.07 hinsichtlich der steuerrechtlichen Änderung der Freibeträge vor. Hierzu teilt Herr Lutz mit, dass sich der Freibetrag nach den Größenklassen der Kommunen staffeln würde. Die Stadt Emden läge ein bisschen über dem, was im Gesetz als Mindestgröße stehe. Wie es sich für das einzelne Ratsmitglied auswirke, könne er nicht beantworten, da dieses nicht mit dem Steuergeheimnis vereinbar wäre.

Herr Schulze erklärt, es bestehe auch die Möglichkeit, in der bisherigen Art und Weise vorerst weiter zu arbeiten. Er fragt an, für welchen Zeitraum das gelte.

Herr Lutz stellt fest, er könne den Entscheidungen des Rates nicht vorgreifen. Er gehe jedoch davon aus, dass das Verfahren für die restliche Wahlperiode gelten werde.

Herr Renken betont, er habe nicht nach personenbezogenen Daten gefragt, sondern lediglich nach der Anzahl der einzelnen Ratsmitglieder, die über diese Steuerfreibeträge hinausgehen würden.

Herr Lutz entgegnet, die Steuerfreibeträge seien ab einer gewissen Anzahl von Sitzungen erreicht und müssten für die den Freibetrag übersteigenden Beträge nach dem persönlichen Steuersatz, der der Verwaltung nicht bekannt sei, versteuert werden. Theoretisch müsste fast jeder die entsprechenden Steuern bezahlen. Daher sei es eher ein Vorteil, wenn der Freibetrag tatsächlich erhöht werde. Er könne jedoch die Anzahl der betroffenen Ratsmitglieder nicht nennen, da dann das Steuergeheimnis nicht gewahrt werde.

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 15/0519 als Anlage 1 beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Emden über die Regelung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstaufalles der Ratsmitglieder, der Ausschussmitglieder i. S. der §§ 51 (6) und 53 NGO, der Mitglieder der Beiräte in der Stadt Emden sowie ehrenamtlich tätiger Personen (Entschädigungssatzung).

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Emden
Vorlage: 15/0530

Beschluss: Der Rat beschließt die der Vorlage 15/0530 als Anlage 1 beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Emden.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Feststellung der Eröffnungsbilanz des optimierten Regiebetriebes Gebäudemangement
Vorlage: 15/0487

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Beschluss: Der Rat beschließt die Eröffnungsbilanz des optimierten Regiebetriebes Gebäudemanagement per 01.01.2004 entsprechend der Anlage.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Sachstandsbericht Bautätigkeiten in den städtischen Gebäuden
Vorlage: 15/0543

Herr Baumann gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation einen Sachstandsbericht hinsichtlich der Bautätigkeiten in den städtischen Gebäuden. Diese Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden.de einzusehen.

In diesem Zusammenhang geht Herr Baumann auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 23.08.07 bezüglich der Raucherinseln in den Verwaltungsgebäuden ein. Zurzeit sei man dabei, an den Gebäuden entsprechende Lösungen zu finden. Dieses gestalte sich aber nicht so einfach, sodass er im Moment noch keine Lösungsmöglichkeiten präsentieren könne. Die Anfrage würde er damit als erledigt betrachten.

Herr Mecklenburg bedankt sich für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 11 Kommunales Energiemanagement;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.2007
Vorlage: 15/0445

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

TOP 12 Runder Tisch Ehrenamt;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.10.2007
Vorlage: 15/0489

Frau Eilers bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die ausführliche Ausarbeitung. Ihrer Meinung nach seien die Vorstöße in der Vergangenheit nicht von Erfolg gekrönt gewesen, da die Zeit noch nicht reif dafür gewesen sei. Zwischenzeitlich habe sich einiges geändert und auch die CDU in Hannover habe einige Unternehmungen gestartet, um das Ehrenamt zu stärken.

Herr Mansholt erklärt, er habe gerade pro Fraktion eine CD zu dem Thema „Bürger machen Staat“ verteilt, die er in dieser Woche bei der Messe „Moderner Staat“ in Berlin erhalten habe. Auf der CD würden verschiedene Bürgerprojekte u. a. auch das Thema Ehrenamt vorgestellt werden.

Frau Eilers fragt nach, ob über ihren gestellten Antrag eine Abstimmung über die Einrichtung eines „Runden Tisches“ stattfinde.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Lutz entgegnet, nach § 39 a und 41 der NGO habe jedes Ratsmitglied das Recht, einen Antrag zu stellen. Der Antrag laute nach § 41 grundsätzlich dahingehend, dass die Angelegenheit auf die Tagesordnung der zuständigen Sitzung genommen werde. Anträge dienten dazu, Dinge auf die Tagesordnung zu bringen. Wenn ein Antrag im Anschluss einen ganz konkreten Beschlusstext beinhalte, der im Ausschuss mit Ja oder Nein entschieden werden könne, dann könne dieser Antrag auch tatsächlich so behandelt werden. Ebenfalls gehöre eine Aussage zu den finanziellen Auswirkungen zu dem Antrag. Seien diese nicht dabei, mache die Verwaltung hierzu eine Mitteilungsvorlage, so wie es hier geschehen sei. Natürlich habe das Ratsmitglied die Möglichkeit, Anträge während der Sitzung zu stellen. Dazu würde die Geschäftsordnung ganz klar aussagen, dass diese Anträge schriftlich formuliert eingereicht werden sollten. Dann könne der Ausschuss darüber entschieden. Auch dieser Antrag sollte so formuliert werden, dass er mit einem Ja oder Nein zu beantworten sei. Außerdem müssten auch dort die finanziellen Konsequenzen ebenfalls mit aufgezeigt werden.

Bezüglich des Antrages von Frau Eilers erklärt Herr Lutz, dieser sei hier auf die Tagesordnung genommen und ausführlich mit einer Mitteilungsvorlage beantwortet worden.

Frau Eilers ist der Ansicht, dieses sei nicht ganz einsichtig. Im Inhalt der Mitteilung würde stehen, dass auf den beigefügten Antrag der FDP-Fraktion verwiesen werde. Soweit sei dieses klar und nachvollziehbar. In ihrem Antrag habe sie sehr konkret formuliert, dass es um die Einrichtung eines „Runden Tisches“ für das Ehrenamt gehe. Sie wünsche sich, dass auch die anderen Fraktionen signalisierten, ob dieses möglich sei. Danach könne es die Verwaltung dann so auf den Weg bringen.

Frau Meinen betont, durch einen „Runden Tisch“ würde das Ehrenamt noch weiter ausgedehnt. Ihrer Meinung nach arbeiteten diese Menschen ehrenamtlich, weil sie einfach Lust dazu hätten und anderen Leuten etwas Gutes tun wollten. Sie halte es für wesentlich sinnvoller, diese Institutionen zu unterstützen, wenn sie Hilfe bräuchten.

Frau Eilers betont, die der Vorlage auch beigefügten alten Anträge seien seinerzeit abgelehnt worden. Doch nunmehr werde von der Landesregierung in Hannover gerade diese Ehrenamtskarte vorgeschlagen.

Weiter bemerkt sie, in Emden gäbe es in dieser Beziehung Nachholbedarf und es müssten die Nachfrage und das Angebot zusammengeführt werden. Dieses könne auf unterschiedliche Art und Weise geschehen. Die hier aufgeführten Beispiele in anderen Städten zeige, dass die Arbeit sehr gut ankomme. Auch senke es die Schwelle für diejenigen, die sich einbringen möchten, aber nicht so richtig wissen, an wen sie sich wenden sollten. Hier gehe es zunächst einmal um Vermittlungsarbeit. Zum anderen solle man den Leuten, die ehrenamtlich tätig seien, auch Ehre angeeignet lassen. Ihrer Meinung nach geschehe dieses in Emden noch zu wenig. Hier müsse seitens des Rates oder des Oberbürgermeisters ein Weg gefunden werden.

Abschließend stellt Frau Eilers fest, es gehe nicht darum, dass Ehrenamtliche die Arbeit von anderen Beschäftigten übernehmen sollten. Es gehe darum, Strukturen zu schaffen, die die Menschen zusammenbringen würden. Aus diesem Grunde habe sie angeregt, einen „Runden Tisch“ mit je einem Vertreter der Fraktionen zusammen mit der Verwaltung zu schaffen.

Herr Mecklenburg schlägt Frau Eilers vor, einen konkreten Antrag für den Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung zu stellen, da jetzt kein Beschluss vorliege, über den abgestimmt werden könne. Außerdem bittet er die Verwaltung, Vorschläge für ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Herr Ammersken bemerkt, es gehe hier nicht darum, über den Antrag abzustimmen. Es sei in der Vorlage davon die Rede gewesen, dass ein „Runder Tisch“ eingerichtet werden solle. Die Frage zielen dahin, ob seitens der Verwaltung jetzt Vorschläge gemacht würden, wie dieser „Runde Tisch“ besetzt werde, wann er tage und wie er zusammenarbeiten wolle.

Herr Lutz erklärt, dieses würde ja unterstellen, dass beschlossen worden sei, einen „Runden Tisch“ einzurichten. Doch es seien keine Vorschläge gemacht worden, wer ggf. einem solchen Kreis angehören sollte. Das wäre die Angelegenheit des Rates.

Er geht davon aus, dass sich die Fraktionen mit dem Material, welches sie bekommen hätten, auseinander setzten und sie dahingehend Gedanken machen würden, ob sie einen „Runden Tisch“ wollten. Erst danach könne entschieden werden, ob dieser eingerichtet werde. Dazu müsse es konkrete Anträge geben, die der Ausschuss mit einem Ja oder einem Nein beantworten könne. In der jetzt vorliegenden Mitteilungsvorlage seien nur Informationen zu diesem Thema zusammengestellt und den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden. Die Fraktionen müsse zunächst überdenken, ob man einen „Runden Tisch“ haben wolle. Anschließend müsse man sich dann noch einmal zusammensetzen. Seiner Ansicht nach sei das vorliegende Material nicht entscheidungsreif.

Herr Bongartz betont, nun sei man wieder bei der Diskussion, wie Anträge zu behandeln seien. Es sei tatsächlich so, dass die Fraktionen einen Antrag, der zur Abstimmung gelangen solle, als Beschlussvorlage mit den finanziellen Auswirkungen konkret ausformulieren müssten.

Herr Mansholt stellt heraus, der Antrag der FDP-Fraktion werde in dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation behandelt, weil das Thema Ehrenamt als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe anzusehen sei. Die Verwaltung habe in der Tag die Vorlage auch als Materialsammlung angesehen, weil sie der Meinung sei, dass es eine ganz vielschichtige Thematik sei, die eigentlich alle Menschen in Emden betreffe. Deswegen habe man sich auch ein wenig schwer getan, einen ganz konkreten Entscheidungsvorschlag zu liefern. Er würde es begrüßen, wenn die Fraktionen sich nunmehr äußerten, in welche Richtung die Verwaltung weiter arbeiten solle.

Frau Eilers begrüßt diese Aussage von Herrn Mansholt, die konträr zu dem sei, was Herr Lutz gesagt habe. Jetzt sei kein erneuter Antrag mehr nötig, sondern nur ein Signal der Fraktionen, ob es Sinn mache, sich zusammenzusetzen, um Wege zu finden. Sie schlägt vor, darüber erst einmal zu reden und zu überlegen, was sinnvoll wäre und welchen Kostenrahmen man einplanen wolle. Für eine kurze Meldung schlägt Frau Eilers eine Frist von zwei Wochen vor, sodass im nächsten Jahr auch eine Umsetzung erfolgen könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 14 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.